

Dieter Egli, Stephan Attiger, Moderator Kurt Schmid, Jean-Pierre Gallati und Markus Dieth am Podium in Kleindöttingen.

Auf den Zahn gefühlt

Die Regionalgruppe der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) und das Wirtschaftsforum Zurzibiet (WFZ) haben zum Politpodium geladen. Auf der Bühne standen jene vier Regierungsräte, die wieder zur Wahl antreten. Die Fragen stellte Kurt Schmid.

KLEINDÖTTINGEN (tf) – Es kommt nicht alle Tage vor – und schon gar nicht im Zurzibiet – dass im Rahmen einer Podiumsveranstaltung gleich vier der fünf Aargauer Regierungsräte auftreten. Da kann es einen doch nachdenklich stimmen, wenn dann dennoch nur 50 Personen den Weg ins Kulturhaus Rain finden. Viele davon erst noch Gemeinderäte, Grossräte, Unternehmerinnen und Unternehmer. Interessiert Politik denn nicht mehr? Wo waren all die Zurzibieter, die so gerne über «die da oben in Aarau» wettern?

Aus Wahlkampf-Sicht könnte man darüber streiten, ob es nun richtig war vonseiten der beiden organisierenden Verbände AIHK und WFZ, explizit nur jene Regierungsrats-Kandidaten einzuladen, die heute schon Regierungsräte sind. Wie WFZ-Präsident René Utiger beteuerte, habe man den Entscheid aber bewusst so gefällt, man wollte ein Politpodium und kein Wahlpodium, wenn er auch zugab, dass der Termin natürlich gut liege, so wenige Wochen vor der Wahl.

Für das Gespräch, das lässt sich sicher behaupten, war es aber sehr dienlich, dass nicht eine Unmenge an potenziellen Kandidierenden auf der Bühne standen, sondern vier im Amt stehende Ratsmitglieder, die Gesprächsführer Kurt Schmid mit bissigen Fragen aus der Reserve locken konnte – oder dies zumindest versuchte.

Jeder der vier Regierungsräte – Landammann Markus Dieth, Landstatthalter Dieter Egli, Stephan Attiger und Jean-Pierre Gallati – wurde von Schmid zu je zwei Themen befragt. Innerhalb von gut 90 Minuten wurden so zahlreiche, höchst interessante Dossiers angeschnitten und diskutiert. Wegen des Podium-Charakters natürlich nicht bis in alle Tiefe, spannend war es aber allemal – und auch an bemerkenswerten Statements der «Statesmen» mangelte es nicht.

«Wir haben eine Notlage»

Immer wieder versuchte Kurt Schmid, die Regierungsräte mit zugespitzten Aussagen herauszufordern, sie haben sich aber mehr als gut «gemetzget». Von Gallati wollte Schmid gegen Ende des Anlasses zum Beispiel wissen: «Haben wir ein Ausländerproblem, ja oder nein?» Gallati weigerte sich, das eine oder andere zu sagen. «Ich würde es anders formulieren», hielt er fest und ergänzte: «Wir haben seit Anfang Jahr eine Notlage, wir sind damit überfordert, und es ist zunehmend schwieriger, die gewünschte Integration zu erreichen.»

Die Aussage hallte nach, auch weil Gallati nur wenige Sätze zuvor noch von der Schweiz als Integrationsweltmeisterin gesprochen hatte. Gallati sagte aber auch, dass Ausländerpolitik zuerst einmal Bundessache sei, Kanton und Gemeinden kämen erst bei der Unterbringung ins Spiel. Er dankte den Zurzibieter Gemeinden für deren Engagement, unterliess es aber nicht, einen Wunsch zu äussern: «Was im Zurzibiet noch nicht existiert, ist ein regionales Integrationskonzept. Das wäre wertvoll, andere Region haben das zum Teil bereits.»

Von Landammann Markus Dieth wollte Kurt Schmid wissen: «Wir haben keine Schulden, im Gegenteil, ein Vermögen. Sag uns bitte: Wo liegt diese Milliarde?» Dieth bestätigte, dass es um die Kantonsfinanzen gut steht, bekräftigte aber auch, dass es sich bei der Milliarde buchhalterisch gesehen um eine Ausgleichsreserve handelt, um Kapital in den Büchern, das nicht immer und zu jeder Zeit ausgegeben werden dürfe, aber in Zukunft beispielsweise genutzt werden könnte, um konjunkturelle Schwankungen aufzufangen respektive abzudämpfen. Als Schmid hartnäckig blieb und wissen wollte, wo diese Reserve liegt, sagte er mit einem Schmunzeln: «Vermutlich auf einem Konto der Kantonalbank.»

«Ohne die Deutschen geht es nicht»

Als Schmid bei Stephan Attiger – die Runde war inzwischen beim Thema Verkehr angelangt – nachhakte, wann denn nun die Baumaschinen auffahren würden für den Bau der neuen Brücke, nannte Stephan Attiger keinen konkreten Termin, sagte aber, dass die Brücke ungefähr 2035 an ihr Lebensende gelange beziehungsweise spätestens dann saniert werden müsse. Einen Baubeginn in vier Jahren bezeichnete er als unrealistisch. Er stellte jedoch klar, dass sich die Region in Zusammenarbeit mit dem Kanton bis Ende 2025 auf Lösungen zu den Verkehrsfragen im Zurzibiet geeinigt haben müsse. Wenn eine Region es schaffe, sich auf eine Lösung zu einigen, dann könne es plötzlich sehr schnell gehen, das habe man in Suhr gesehen, mit dem Projekt «VERAS».

Was Attiger ausserdem betonte: Dass es am Grenzübergang Koblenz Sofortmassnahmen benötige, dies vor allem auf deutscher Seite, und dass das Verkehrsproblem generell nur in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarn entwickelt werden könne. «Ohne die Deutschen geht es nicht.» Als Erfolg bezeichnete Attiger die Tatsache, dass man inzwischen auf beiden Seiten vom gleichen Planungshorizont spreche. «Festhalten möchte ich in diesem Zusammenhang, dass gerade eine A98 auch eine Chance sein kann. Sie bringt nicht nur Verkehr, sie kann ihn künftig auch abnehmen.»

Die Frage Schmids, ob er im Januar Bildungsdirektor werde, liess Dieter Egli vorbeiziehen und erklärte, dass sich das nach den Wahlen zeigen werde. In Sachen Kantonsschulen und der Anzahl Jugendlicher, die eine Lehre antreten, konnte und wollte Egli nicht mit Schmid in jenen Chor einstimmen, der fordert, dass die Eintrittsschwelle in die Kantonsschule höher angesetzt werden soll. Egli hielt dagegen fest, dass die Maturquote des Aargaus nicht zu den höchsten in der Schweiz gehöre. Nach wie vor gingen im Aargau nicht die meisten an die Kantonsschule, sondern die Mehrheit wähle noch immer den Königsweg der Berufslehre. Egli gestand aber ein, dass die Stimme des Gewerbes, die Stimme der Lehrstellenanbieter, noch besser gehört werden müsse. Das Umfeld, in dem die Jugendlichen heute aufwachsen, sei ein anderes als früher, häufig hätten die Eltern selbst keine Lehre mehr gemacht. «Wir, aber auch die Unternehmen selbst, sind gefordert, müssen noch aktiver rausgehen und mit der Arbeitswelt sprechen.»

«Jetzt die PS auf den Boden bringen»

Es war am Dienstagabend im Kulturhaus Rain noch von vielem mehr die Rede. Attiger hielt auf Nachfrage überraschend deutlich fest, dass der Regierungsrat eine Bahnverbindung Winterthur-Basel als Fernverkehrsstrecke unterstütze. Zur Standortfrage eines neuen Kernkraftwerks liess er sich nicht auf die Äste hinaus und bekräftigte: «Ein Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative ist angekündigt, auch, dass das AKW-Verbot gelockert werden soll. Auf dem Tisch ist dazu aber noch nichts.» Er sagte abschliessend, dass die Standortfrage nur ein Aspekt sei, zuerst müsste überhaupt jemand gefunden werden, der ein AKW bauen wolle.

Dieth sprach auf Nachfrage von der Digitalisierung und betonte, dass eine verlässliche, sichere, zeitnahe, qualitativ hochstehende Dienstleistung heute und in Zukunft nur noch mit Unterstützung von Digitalisierung erbracht werden könne. Hier gelte es jetzt, die PS auf den Boden zu bringen. Der Aargau sei diesbezüglich schon gut unterwegs, aber sein Ziel sei es, 50 Prozent der Leistungen, die heute noch nicht medienbruchfrei verfügbar seien, in vier Jahren medienbruchfrei anbieten zu können.

Gallati sprach im Rahmen des Politpodiums auch von der Spitallandschaft. Er hielt zwar fest, dass das Spital Leuggern ein vorbildliches Spital sei, machte aber kein Geheimnis daraus, dass die Spitallandschaft schweizweit massiv unter Druck sei. Eine gesetzliche Grundlage, um Spitäler zu retten, gebe es in den meisten Fällen nicht – das Kantonsspital Aarau sei diesbezüglich ein Spezialfall gewesen. Die Herausforderungen seien gewaltig. «Wie wir damit umgehen, wissen wir noch nicht», so Gallati. Sicher nicht schlecht sei, wenn sich eine Region, wie das Zurzibiet, als Gesundheitsregion verstehe. Die Initiative zum Gesundheitsnetz Aargau Ost sei vor diesem Hintergrund sehr zu begrüssen.